

MOGELPACKUNG »BIO«-PLASTIK

UNÖKOLOGISCH, UNGESUND, UNNÜTZ

Vermeiden Sie Verpackungen aus »Bio«-Plastik. Sie haben keinen ökologischen Mehrwert.



Anders als das Bio-Label nahelegt, ist Plastik aus nachwachsenden Rohstoffen nicht umweltschonender als herkömmliche Kunststoffe. Zu diesem Ergebnis kommt der Arbeitskreis Abfall und Rohstoffe des BUND.

»Bio« meint hier, dass eine Verpackung aus nachwachsenden Rohstoffen wie Mais und Zuckerrohr besteht oder dass sie theoretisch kompostierbar ist. Doch dieses Plastik verrottet zu langsam und wird meist nicht recycelt, sondern verbrannt. Und die Rohstoffe zu seiner Herstellung werden vorwiegend industriell angebaut,

mit viel Dünger, Pestiziden und Wasser. All dies aber verschweigt die Industrie. »Das Label führt komplett in die Irre«, so Janine Korduan, die Expertin des BUND für Kreislaufwirtschaft.

Da »Bio«-Plastik meistens zu Einwegprodukten verarbeitet wird, landet es rasch im Müll – oder in der Umwelt. Und mit ihm bei drei Vierteln dieser »Bio«Ware auch Schadstoffe, wie eine Studie ergab.

Weit sinnvoller ist es, weniger Einwegverpackungen herzustellen und stattdessen bei Getränken und Lebensmitteln oder im Online-Handel auf Mehrweg zu

setzen. Damit Mehrweg immer günstiger ist, fordert der BUND eine zusätzliche Abgabe von mindestens 50 Cent pro Einwegverpackung und 20 Cent pro Einmal-Besteck. Die Stadt Tübingen hat gezeigt, dass dies zu neuen Mehrweg-Angeboten und weniger Vermüllung führt.



Mehr zum Thema

... im neuen Hintergrundpapier:
www.bund.net/bioplastik

KOMMUNIKATION

BESSER ÜBERS KLIMA REDEN

Wie können wir so über Klimaschutz sprechen, dass wir andere zum Mitmachen bewegen?



Wir bilden uns unsere Meinung zum Klima über Geschichten, die sich »richtig« anfühlen – und nicht in erster Linie über Informationen. Diese wissenschaftliche Erkenntnis können wir nutzen. Gespräche oder Kampagnen zum Klimaschutz wollen oft mit Fakten überzeugen. Forschungsergebnisse zeigen aber, dass Klimakommunikation mehr Wirkung entfaltet, wenn sie auf die Menschen eingeht und das, was sie im Innersten bewegt.

Deshalb lohnt es, als Mitglied des BUND einen Schritt zurückzutreten und genau zuzuhören: Was liegt den vielen nicht so Umweltbewegten in Deutschland wirklich

am Herzen? Und wie wirkt sich die Klimakrise darauf aus?

Bestimmt gibt es inspirierende Geschichten von ganz unterschiedlichen Menschen aus der eigenen Stadt und Region, die wir austauschen können. Es berührt uns zu hören, dass Menschen wie du und ich wirkungsvoll zum Schutz des Klimas beitragen oder unter den Folgen der Klimakrise leiden.

Zu diesen Geschichten gehört auch unsere persönliche: Warum, seit wann und wie engagiere ich mich für Klimaschutz? Und was macht es auch manchmal schwer? Nebenbei wird so deutlich, dass

es langsam ganz normal wird, selbst aktiv zu sein: vom klimafreundlichen Lebensstil bis zum Engagement in Unternehmen, der Zivilgesellschaft und Politik.

*Maika Sippel,
BUND-Mitglied und Professorin
für Nachhaltige Ökonomie an der
Hochschule Konstanz*



Mehr zum Thema

... auf www.climateoutreach.org/
uebers-klima-reden; zum Beispiel eine Handreichung dazu, wie die Deutschen beim Klimaschutz ticken.

KRYPTOWÄHRUNGEN

FINGER WEG!

Crashen fürs Klima:
Warum Bitcoin gerne
abstürzen darf.



Rechenzentren, in denen Bitcoins geschürft werden, verbrauchen extrem viel Strom.

Mit nur einhundert Euro Startkapital in drei Monaten reich werden? Selbsternannte Finanzexperten werben auf Youtube noch immer dafür, in Bitcoin und anderes Kryptogeld zu investieren. Diese Hoffnung auf schnellen Profit ist in den vergangenen Monaten geplatzt. Was aber sind Kryptowährungen eigentlich? Und wie wirken sie auf die Umwelt?

Kryptowährungen sind digitale Vermögenswerte, die gehandelt werden und als Zahlungsmittel dienen können. Damit sie nicht einfach kopiert und gefälscht werden können, sind alle Käufe, Verkäufe und Zahlungen in einem öffentlichen Kassenbuch notiert. Dieses ist auf vielen Rechnern gespeichert. Geschützt ist es durch verschiedene Verschlüsselungsverfahren, bekannt als »Blockchain«. Dank ihnen funktionieren die Kryptowährungen ohne Kontrolle der Banken.

EXTREME SCHWANKUNGEN

Die gängigste Kryptowährung ist Bitcoin. Als sie 2009 in Umlauf kam, lag der Wechselkurs beim Bruchteil eines Cents. Goldgräberstimmung verbreitete sich, als Bitcoin knapp zehn Jahre später rasant an Wert gewann. 2021 erreichte der Kurs beinahe 70 000 Dollar pro Bitcoin.

Kryptowährungen haben keinen realen Gegenwert. Auch darum sind sie extremen Schwankungen ausgesetzt. Seit Jahresbeginn befinden sich viele im freien Fall. Besonders hart trifft das jene, die ihr ganzes Vermögen in Bitcoin gesetzt haben. El Salvador, wo Bitcoin seit 2021 als offizielles Zahlungsmittel gilt, steht vor dem Staatsbankrott.

MEHR STROM ALS SCHWEDEN

Für die Umwelt ist der Wertverlust eine gute Nachricht. Denn die Erschaffung neuer Bitcoins verbraucht mehr Energie als ganz Schweden. Würde Bitcoin flächendeckend als Zahlungsmittel eingesetzt, könnte allein das die Erde um über zwei Grad erwärmen, so eine Studie. Warum verbraucht Bitcoin so viel Strom?

Um die globalen Transaktionen zu protokollieren, wetteifern Bitcoin-Goldgräber (Rechenzentren oder private Computer) darum, die schnellsten zu sein. Wer die Transaktionen als erstes bestätigt, erhält zur Belohnung Bitcoins. Für diese doppel- und dreifach verrichtete Arbeit laufen unzählige Rechenzentren, angetrieben mit zumeist fossiler Energie.

Fällt der Wert von Bitcoin, lohnt dieses Geschäft oft nicht mehr. Rechenzentren schließen, der Energieverbrauch sinkt. Auch fällt weniger Elektroschrott durch die ständige Erneuerung der Hardware an.

Ein kompletter Crash von Bitcoin wäre daher gut für den Schutz unserer Erde.

GEHT BITCOIN AUCH GRÜN?

Ganz verschwinden werden die Kryptowährungen erst mal nicht. Viele fordern deshalb mehr erneuerbare Energien einzusetzen und den Bitcoin-Code energie-sparender zu gestalten. Doch wie sinnhaft sind Kryptowährungen überhaupt?

Bisher dienen sie hauptsächlich als Geldanlage oder zur Spekulation. Da ihr Wert so schwankt, eignen sie sich kaum als Zahlungsmittel. Zudem erlauben sie keinerlei demokratische Kontrolle. Auch darum hat (nicht nur) die EU damit begonnen, den Handel mit Kryptowährungen stärker zu regulieren.

Fazit: Wer das Klima und sein Ersparnis retten möchte, sollte von Bitcoin und anderen Kryptowährungen die Finger lassen.

Louise Kaufmann

*Projektmitarbeiterin des BUND
für Digitalisierung und Umweltpolitik*



Aktiv werden

Möchten Sie mehr darüber erfahren, wie digitale Industrie und Umweltkrisen zusammenhängen? Dann melden Sie sich jetzt zur Bits & Bäume-Konferenz an, 30.9. bis 2.10. in Berlin: www.bund.net/bitsbaeume-konferenz-2022



VULKANEIFEL

WAS LANGE WÄHRT ...

Mit beharrlichem Widerstand gelang es in Rheinland-Pfalz, das mächtige Bergrecht auszuhebeln und eine einmalig schöne Landschaft vor größerer Zerstörung zu bewahren. Ein Erfolg von bundesweiter Bedeutung.



Der Goßberg bei Walsdorf war einst der schönste Vulkankegel der Eifel.

Der Landkreis Vulkaneifel ist geprägt durch das Westeifeler Vulkanfeld. Es umfasst viele junge Vulkane, trockene und wassergefüllte Maare und Mineralwasserquellen. Einst wurden in der Eifel Erz und begehrte Mühl- und Werksteine abgebaut, auch für den Bau des Kölner Doms. Heute wird aus wertvollen Basaltsäulen Splitt und aus Lavasand billiges Schüttgut gewonnen. Kleine Steinbrüche und Sandgruben wurden mit der Zeit zu riesigen Löchern, bis zu 180 Hektar groß.

ZAHLREICHE WUNDEN

Die idyllische Erholungslandschaft wurde systematisch dem Bergbau geopfert. 36 Gruben und Steinbrüche werden derzeit noch ausgebeutet, auf über 800 Hektar Fläche. Dazu kommen mehr als 25 stillgelegte Gruben. Dass diese Wunden in der Landschaft die Tourismuswirtschaft und die Gewinnung von Trink- und Mineralwasser beeinträchtigen, wurde lange Zeit vernachlässigt.

Schon vor 15 Jahren machte der Rheinische Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz mit einem Symposium in Gerolstein eindringlich auf den Konflikt aufmerksam. 2014 sollte ein neuer Regionalplan der Industrie dennoch bis zu 2150 Hektar für die weitere Ausbeutung von Rohstoffen sichern. Massiver Widerstand vor Ort – auch vom BUND-Kreisverband Daun – half den Planentwurf zurückzuweisen. Weitere fast acht Jahre später ist es nun geschafft. Ein von der Landesregierung angebotener »Lösungsdialog« sorgte dafür, dass die Vulkanlandschaft künftig besser geschützt ist.

KEIN VORRANG MEHR

Da die zuständige Planungsgemeinschaft auf überdimensionierten Vorranggebieten für den Bergbau beharrte, entwickelte der Landkreis Vulkaneifel (unterstützt vom BUND) eigene Vorstellungen, wie sich Landschaftsschutz und Rohstoffabbau vereinbaren lassen. Damit vermochte er

schließlich alle Beteiligten zu überzeugen. Statt Vorranggebiete legt der neue Regionalplan Vorbehaltsflächen fest, die dem nun übergeordneten Landschaftsschutz Rechnung tragen müssen.

Übernommen wurde auch der BUND-Vorschlag, bereits ausgebeutete Flächen nicht länger mit Fremdmaterial zu verfüllen. Statt rekultiviert wird künftig renaturiert. So dienen die Gruben und Steinbrüche als Ersatzlebensräume auch der landesweiten Biotopvernetzung. Das kommt dem Schutz der natürlichen Vielfalt zugute.

DURCHBRUCH GELUNGEN

Endlich also genießt die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen keinen Vorrang mehr gemäß dem antiquierten Bergrecht. Dieser Durchbruch für den Natur- und Landschaftsschutz ist auch dem beharrlichen Einsatz des BUND in Daun zu verdanken. Dabei halfen viele Eingaben und persönliche Gespräche mit Landespolitik und Fachbehörden, vor allem aber mit der Kreisverwaltung und dem Kreistag.

Wichtig war auch die gute Kooperation mit den anderen Naturschutzverbänden und der IG Eifelvulkane. Und dass ein BUND-Vertreter in die regionale Planungsgemeinschaft aufgenommen wurde.

Im Rahmen der Anhörung zum neuen Regionalplan wollen wir erreichen, dass die in Mitteleuropa einmalige Vulkanlandschaft noch besser geschützt wird. Und wir wollen für eine dezentrale Produktion von Schüttgut und einen nachhaltigeren Ressourcenverbrauch werben.

*Hartmut Schmidt,
BUND-Kreisverband Daun*



Behördlich geduldete Deponie am Naturdenkmal Rockeskyller Kopf.

THÜRINGER WALD

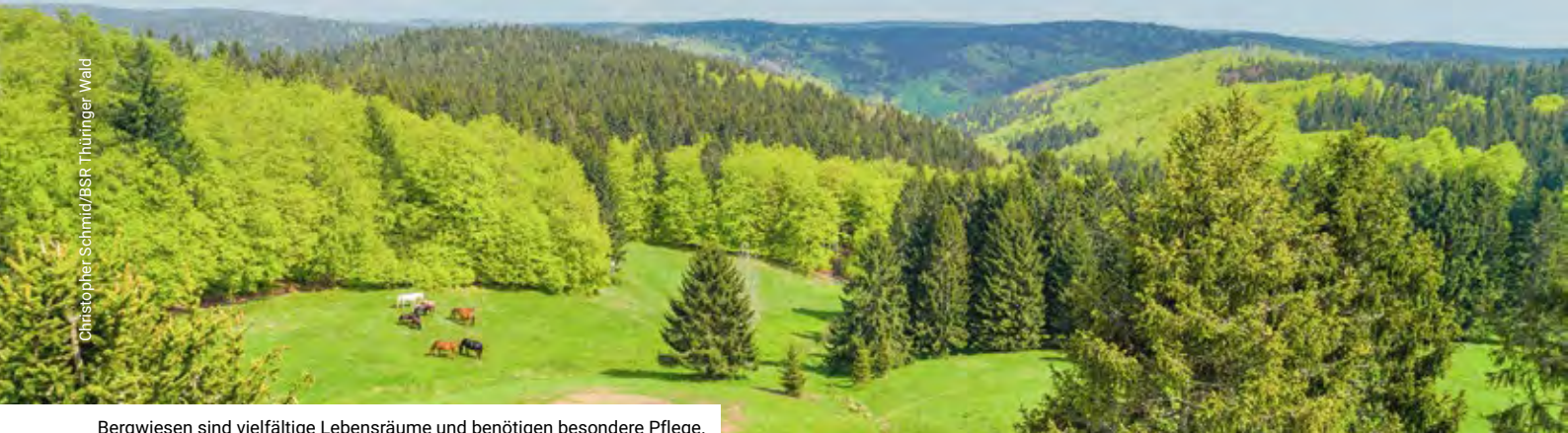
GROßE ZIELE



AdobeStock

Der Schwarzstorch ist einer der Nutznießer des neuen Projekts.

Christopher Schmid/BSR Thüringer Wald



Bergwiesen sind vielfältige Lebensräume und benötigen besondere Pflege.

Seit dem Herbst 2021 kümmert sich die Naturstiftung David um Bäche, Moore und Bergwiesen im Thüringer Wald. Im Rahmen eines umfangreichen Naturschutzprojekts will die Stiftung des BUND Thüringen Wiesen, Gewässer und Moore wiederbeleben.



CHRISTIANE BOHN

leitet das BUND-Team Naturschutz-Großprojekte.

Damit diese Biotop ihre ursprüngliche Qualität wiedererlangen, wollen wir naturferne Bachläufe renaturieren, Bergwiesen entbuschen und geschädigte Moore wiedervernässen. Profitieren sollen davon Tiere wie der Schwarzstorch, der Feuersalamander oder die Westgroppe und Pflanzen wie Wollgras, Trollblume und Kugelige Teufelskralle.

GUT VORBEREITET

Das Schutzprojekt findet großen Anklang in der Region. Zu unseren Kooperationspartnern zählen die Verwaltung des Biosphärenreservats Thüringer Wald, ThüringenForst (als Eigentümer vieler Flächen) sowie die betroffenen Landkreise mit ihren Naturschutz- und Wasserbehörden.

In den ersten drei Jahren lässt die Stiftung erfassen, was an Lebensräumen und Tieren und Pflanzen noch vorhanden ist. Damit kann sie planen, was im folgenden Jahrzehnt zum Schutz der Natur getan werden muss. So sollen zum Beispiel Fließgewässer auf einer Länge von fast 550 Kilometern wieder ökologisch durchgängig und ihr Bachbett strukturreicher werden. Ferner will die Stiftung bis zu 75 (Klein-)Moore revitalisieren und vernetzen. Ein weiteres Ziel lautet, an die 1500 Hektar

Bergwiesen zu bewahren. Auf 30 Hektar wird dafür eine mustergültige Erstpflege erprobt. Auch will die Stiftung lichte Waldlebensräume mit einem stufigen Aufbau der Waldränder entwickeln.

WICHTIGER LEBENSRAUM

Das Projektgebiet umfasst rund 6500 Hektar und damit so gut wie alle Bachläufe samt ihrer Auen im Biosphärenreservat Thüringer Wald. Zusätzlich sind alle Moorflächen im Gebiet sowie die großen Bergwiesen einbezogen. Der Thüringer Wald ist auch ein wichtiger Lebensraum der Europäischen Wildkatze. Nicht zuletzt gilt er perspektivisch als entscheidender Trittstein für die Wiederausbreitung des Luchses in Deutschland.



www.bund.net/thueringer-wald

Das Naturschutzgroßprojekt wird vom Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesumweltministeriums und des Thüringer Umweltministeriums unterstützt, im Rahmen des Bundesprogramms »chance.natur-Bundesförderung Naturschutz«. Der BUND hilft der Naturstiftung David den Eigenanteil für das Vorhaben zu erbringen.

GARTENSCHLÄFER

RISKANTES REFUGIUM

Drei Jahre lang begaben sich Naturschützerinnen und Wissenschaftler von BUND, Justus-Liebig-Uni Gießen und der Senckenberg-Gesellschaft für Naturforschung auf die Spur der Gartenschläfer. Sie wollten aufklären, warum diese kleine Schlafmaus aus immer mehr Regionen Deutschlands in kurzer Zeit verschwindet. Die Ergebnisse zeigen nun deutlich: **Auch ein derart anpassungsfähiges Nagetier findet an vielen Orten keinen geeigneten Lebensraum mehr.**



Steffen Ernst

Schublade in einem Schuppen als Versteck.

MITTELGEBIRGE VERLASSEN

In einigen Städten im Südwesten Deutschlands gibt es noch größere Vorkommen des Gartenschläfers. In etlichen seiner natürlichen Lebensräume aber fanden sich kaum mehr Tiere. »In den Mittelgebirgen fürchten wir derzeit ein Aussterben der Art zu beobachten. Noch vor wenigen Jahren waren die Gartenschläfer hier

Begrünte Stadtteile bieten noch am ehesten einen passenden Lebensraum.

Grüne Städte als letzter Rückzugsort? Darauf deuten die Ergebnisse einer Spurensuche hin, die dem selten gewordenen Gartenschläfer galt.

recht weit verbreitet. Inzwischen sind sie sehr selten geworden«, erklärt Johannes Lang, Wildtierbiologe der Uni Gießen und Gartenschläfer-Experte für den BUND. »Das Waldsterben infolge der Dürrejahre und dazu die intensive Forstwirtschaft haben offenbar deutliche Spuren hinterlassen. Es mangelt den Gartenschläfern besonders an Insekten, einer ihrer Nahrungsgrundlagen. Und an Möglichkeiten, sich zu verstecken und zurückzuziehen.«

LEBENSRAUM MIT RISIKEN

Dagegen scheinen Städte am Rhein wie Wiesbaden oder Mainz für den Gartenschläfer eine Art Arche geworden zu sein. Hier finden Sie noch passende Bedingungen. Doch eine echte Alternative sei das nicht, betont Mechthild Klocke, die BUND-Projektleiterin der Spurensuche: »Städte allein bieten dem Gartenschläfer keine ausreichende Perspektive, darauf sollten wir nicht vertrauen. Hier drohen Gefahren wie Rattengift und Pestizide. Zudem werden viele Ballungsräume fortschreitend verdichtet. Wo das Grün in der Stadt schwindet, schrumpft auch sein Lebensraum. Und das Insektensterben macht vor der Stadt ebenfalls nicht halt.«



Jim Bohdel

Der Gartenschläfer braucht Unterstützung.

AKTIV SCHÜTZEN

Darum startet das Team der Spurensuche jetzt konkrete Schutzaktionen. Die kleine Schlafmaus soll in ihren ursprünglichen Lebensräumen eine Zukunft bekommen. Mechthild Klocke: »Gemeinsam mit Freiwilligen wollen wir dem Gartenschläfer neue Rückzugsorte schaffen: indem wir Gehölze pflanzen, mehr verwilderte Flächen zulassen und Nistkästen anbieten. Und wir wollen zeigen, wie sich jeder für das Überleben dieser Art einsetzen kann, privat oder beruflich.« Und damit für die Artenvielfalt in Deutschland.

Jenny Kupfer



Aktiv werden

Sie wollen sich mit uns für den Gartenschläfer einsetzen? Melden Sie sich gerne bei Andrea Andersen, Freiwilligen-Koordinatorin im BUND: andrea.andersen@bund.net.
 > www.gartenschlaefer.de

Die »Spurensuche Gartenschläfer« wird im Bundesprogramm Biologische Vielfalt durch das Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesumweltministeriums gefördert.



ZUR APFELSAISON

BESSER BIO

Jetzt im August kommen die ersten heimischen Äpfel auf den Markt. Gerade beim deutschen Lieblingsobst gibt es gute Gründe, auf die Art des Anbaus zu achten.



KATRIN WENZ

arbeitet im BUND-Team
Landnutzung zu Pestiziden.

Ungefähr 27 000 bis 35 000 Tonnen Pestizidwirkstoffe werden pro Jahr in Deutschland verkauft. Mehrheitlich werden sie in der Landwirtschaft eingesetzt, gerade in Sonderkulturen wie Obst und Gemüse wird viel gespritzt. Wo und wie viel, ist nicht systematisch erfasst. Es fehlt somit an Transparenz und genauen Daten über besonders belastete Regionen. Doch sicher ist: Am häufigsten werden Pestizide beim Anbau von Äpfeln eingesetzt – durchschnittlich 28-mal bis zur Ernte!

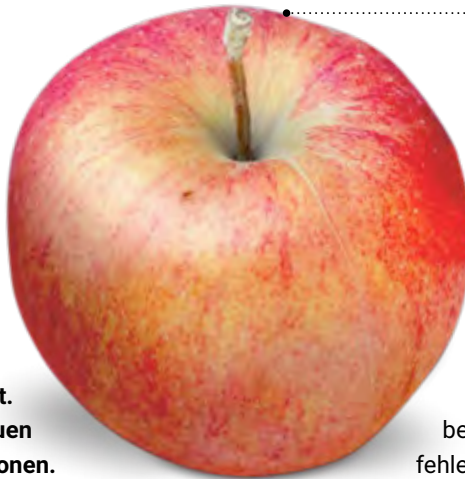
GENETISCH VERARMT

Das Gros der heute angebauten Apfelsorten ist sehr anfällig für Schädlinge, ein Ergebnis auch ihrer genetischen Verarmung. Die meisten lassen sich auf wenige Sorten zurückführen: Golden und Red Delicious, Cox Orange, Jonathan und James Grieve. Diese Einfachheit geht mit einer geringen Widerstandsfähigkeit einher.

Zu den größten Problemen beim Anbau zählen Pilzkrankheiten wie der Apfelschorf. Sie vermindern die Qualität der Äpfel und greifen auch die Bäume selbst an. Eine Rückbesinnung auf alte Apfelsorten könnte dabei helfen, den Anbau besser an Krankheiten und auch Schädlinge anzupassen.

GIFTE GEGEN PILZE

Gegen die Pilzkrankheiten werden Fungizide eingesetzt. Sie machen im Apfelanbau etwa 70 bis 80 Prozent der verwendeten



Greifen Sie zu einem Bio-Apfel,
am besten von der Streuobstwiese!

Pestizide aus. Mit Sorten, die gegen Pilze resistent sind, ließe sich ihr Einsatz stark verringern, gerade beim Kampf gegen den Apfelschorf.

Auch diverse Milben und Blattläuse können den Plantagen gefährlich werden. Da Apfelbäume lange am Standort bleiben, breiten sich solche Schädlinge leicht aus – besonders wenn die natürlichen Gegenspieler fehlen. Neben der Wahl robuster Sorten helfen vielfältige Blühstreifen und genug Abstand zwischen den Bäumen, um die Verluste in Grenzen zu halten.

POLITIK GEFORDERT

Die neue Bundesregierung ist mit dem Ziel der Agrarwende angetreten. Dem müssen nun Taten folgen. Der BUND fordert rasch ein Programm zur Minderung der Pestizide auf den Weg zu bringen, mit konkreten Zielmarken. Die Agrarbetriebe müssen mittels Beratung dabei unterstützt werden, weniger Pestizide zu nutzen. Maßnahmen, die zu einem Minus an Pestiziden führen, könnten finanziell gefördert werden.

Unser eigener Beitrag besteht darin, beim Einkauf auch Obst zu akzeptieren, das nicht immer perfekt aussieht. Der Griff zum saisonalen, regionalen Bio-Apfel spart Energie. Und er gibt uns die Sicherheit, dass keine chemisch-synthetischen Pestizide Verwendung fanden. Am besten greifen Sie zu Obst von Streuobstwiesen. Denn diese werden in der Regel extensiv bewirtschaftet. Spritz- und Düngemittel kommen selten zum Einsatz, und ihre biologische Vielfalt ist groß.



Wiesenmähd zwischen senkrecht aufgestellten Modulen.

Next2Sun GmbH

SOLARSTROM

RASCH AUSBAUEN

Neben dem Wind müssen wir auch die Sonne stärker nutzen, um uns mit Energie versorgen zu können und das Klima zu schützen. Der BUND hat sich neu positioniert, wie ein naturverträglicher Ausbau auf Dächern und im Freiland gelingen kann.


WERNER NEUMANN

ist Sprecher des BUND-Arbeitskreises Energie.


KAI FROBEL

ist Sprecher des BUND-Arbeitskreises Naturschutz.

Strom aus Photovoltaik spielt eine immer wichtigere Rolle für Deutschlands Energiewende. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt, dass wir bis zu 350 Gigawatt mithilfe der Photovoltaik gewinnen müssen. Dabei ist einberechnet, dass der Strom so sparsam wie möglich verwendet wird, ob in Wärmepumpen oder zum Beispiel in der Elektromobilität.

VORRANG FÜR GEBÄUDE

Der Bundesvorstand hat dazu eine neue Position beschlossen. »So viel Photovoltaik auf dem Dach wie möglich – so viel Photovoltaik im Freiland wie nötig«, lautet

das Fazit. Darin fordert der BUND einen Vorrang für Photovoltaik auf Dächern und Fassaden, an Lärmschutzwänden oder auf Parkplätzen.

Allein 250 Gigawatt ließen sich aus unserer Sicht durch eine gesetzliche Pflicht gewinnen, alle geeigneten Gebäude und versiegelten Flächen mit Solarmodulen zu bestücken. Auf freier Fläche müssten dann nur noch 100 Gigawatt gewonnen werden. Eine derartige Aufteilung hilft Nutzungskonflikte zu vermeiden.

Für ebenso wichtig halten wir gesetzliche Erleichterungen für die Erzeugung von Eigen- oder Mieterstrom und für bürgerliche Energiegemeinschaften.

AGRI-PHOTOVOLTAIK

Wir müssen das Klima besser schützen und unabhängiger von Energieimporten werden. Hier drängt die Zeit. Darum sind Solaranlagen auch im Freiland nötig. Der BUND fordert ihren Bau planerisch zu steuern und mit klaren ökologischen Standards zu verbinden. So wollen wir verhindern, dass riesige Flächen mit Solarmodulen zugespästert oder mit sterilem Rasen unterlegt werden.

Agri-Photovoltaik verknüpft die Erzeugung von Solarstrom und landwirtschaftlichen Produkten auf ein und derselben Fläche. Relativ aufwendig ist es, (zumeist Obst-)Kulturen mit Solarmodulen zu überdachen, was den Pflanzen Schutz bietet. Mehr Potenzial verspricht es, wenn die Solarmodule platzsparend senkrecht aufgestellt werden und die Sonne von Osten und Westen nutzen. Dabei geht höchstens ein Zehntel der Agrarfläche verloren.

Auch klassisch schräg Richtung Süden ausgerichtete Anlagen lassen sich naturverträglich bewirtschaften, mit extensiv genutzten Wiesen und Brachen und dem Verzicht auf Dünger und Pestizide. Zahlreiche Leitfäden zeigen, wie das geht.

MODULE STATT MAIS

Insgesamt genügen ohnehin 0,5 Prozent der deutschen Landfläche, um mittels Photovoltaik im Freiland 100 Gigawatt zu gewinnen. Zum Vergleich: Derzeit werden allein auf 7 Prozent oder 2,5 Millionen Hektar Energiepflanzen wie vor allem Mais angebaut. Photovoltaik bringt auf gleicher Fläche die 30- bis 50-fache Menge an Energie.

Schließlich lassen sich Freiflächen auch für die Solarthermie nutzen, um Wärmenetze zu versorgen. Ein Vorbild ist hier Dänemark.


Mehr zum Thema

Die neue BUND-Position finden Sie unter www.bund.net/position-photovoltaik. Gutes Beispiel für PV auf freier Fläche: www.buergerenergiebodensee.de/projekte/solarpark-mooshof (mit einem schönen Kurzfilm auf Youtube)